

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Reichshaus- und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Vorbestellung 1 RM. 50 Pf. jährlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Einrückungen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 6-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 RM., Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Sonntags- und Feiertagsausgaben werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit. Besondere Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen zu jeder Zeit.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 288 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2040 Donnerstag, den 11. Dezember 1930

Außenpolitik.

Man muß es feufzend feststellen: gleichgültig, ob in England die Konservativen, die Liberalen oder die Arbeiterpartei regieren, — in Fragen der englischen Außenpolitik kommt es wohl nie zu erheblichen parteipolitischen Differenzen. Sicherlich niemals, wenn es sich darum handelt, Entscheidungen in wesentlichen Punkten zu treffen oder gar, wenn irgendwo in der Welt Englands Würde angeht oder tatsächlich verletzt wird oder auch nur ein englisches Lebensinteresse. Dann steht das englische Parlament geschlossen hinter Baldwin, Lloyd George oder MacDonald. Feufzend denkt man daran, wenn im deutschen Parlament es wieder zu erbitterten Kämpfen, ja zu persönlichen Beschimpfungen gekommen ist, als man sich über das Für und Wider auseinandersetzt, ob nun eine ausgiebige Debatte über unsere Außenpolitik und ihre Handhabung, besonders Polen gegenüber, stattfinden sollte oder nicht. Und melancholisch sprach ein Redner die Ansicht aus, daß im Reichstag eine einheitliche Willensfindung namens des deutschen Volkes doch nicht zu erwarten sei.

Natürlich spielen hinter den Kulissen noch einige andere innenpolitische Pläne und Absichten, Widerstände und Gegenmaßnahmen eine recht bedeutende Rolle. Sollte die außenpolitische Debatte vor sich gehen, so war damit zu rechnen, daß von der Opposition ein Sturm gegen den jetzigen Außenminister um so nachdrücklicher unternommen worden wäre, da Dr. Curtius sich ziemlich deutlich gegen die politische Einstellung und die bekannnten weitgehenden Entschlüsse des auswärtigen Ausschusses gewandt hätte. Von manchen Seiten der aus innenpolitischen Gründen hinter der Regierung stehenden Parteien wäre der Außenminister eher bekämpft als unterstützt worden und ein Misstrauensvotum gegen ihn konnte daher im Reichstage leicht eine Mehrheit finden. Das hätte aber zur offenen Kabinettskrise schon deswegen geführt, weil ja letzten Endes für die Richtlinien der deutschen Außenpolitik der Reichstanzler die Leitung und die Verantwortung hat; der Stolz gegen Dr. Curtius hätte auch das tatsächliche Verhalten des Außenministers in einigen wichtigen Fragen, wo er selbst die persönliche Verantwortung zu tragen hat, Gegenstand der schärfsten Kritik geworden und dies nicht nur in den Kreisen der Rechtsopposition, sondern weit darüber hinaus.

Die „Gefahr einer Störung“ der internationalen Verhandlungen namentlich über die deutsch-polnischen Streitfragen, die Unübersehbarkeit einer außenpolitischen Debatte hinsichtlich ihres Verlaufs, Ausgangs und ihrer Folgewirkungen“ wurden von der dem Kabinett nachstehenden Seite des Reichstages als Grund für politische Unzweckmäßigkeit einer solchen Debatte ins Feld geführt. Natürlich kam es darüber zu sehr scharfen Auseinandersetzungen, weil die Gegenseite nun aufs heftigste verlangte, daß besonders für unsere Volksgenossen jenseits der Ostsee der Deutsche Reichstag ein wirksames und eindringliches Wort finden müsse. Er solle sich durch eine große Willensfindung an die Seite der verfolgten Deutschen in Polen stellen und ihnen damit zu Hilfe kommen. Die lange, erregte Debatte war nun allerdings auch nicht gerade ein Anlaß für eine solche Willensfindung und sie schloß dann mit einer Entscheidung des Reichstages, die außenpolitischen Auseinandersetzungen auf eine spätere Zeit zu vertagen. Bei der Abstimmung stand eine Mehrheit der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten einer aus allen anderen Parteien gebildeten Mehrheit gegenüber, die wohl hauptsächlich durch die Absicht zusammengebracht war, im gegenwärtigen Augenblick eine Regierungskrise zu vermeiden; auch die meisten Christlichsozialen und ein Teil der Landvolkpartei waren bei der Mehrheit.

So hat sich denn der Deutsche Reichstag auch über diese außenpolitische Not nicht zu einem einzigen Entschluß zwingen können. Die Regierung überließ ihm die Stellungnahme ganz allein. In stark sprachen die innenpolitischen Erwägungen, als zu laut rauschten die Wasser der parteipolitischen Auseinandersetzungen. Dabei ist man sich letzten Endes über Ausgangspunkt und Ziel vollkommen einig! Einig in der schärfsten Entrüstung, in toderndem Zorn gegen die Deutschenverfolgungen in Polen und in Memelland, einig auch darin, daß hier endlich ein Eingreifen des Völkerverbundes herbeigeführt werden muß, da wir selbst ja nicht helfen und unsere Volksgenossen schützen können. Uneins nur sind sich die Parteien in der Frage der Methode, der Art und Weise also, wie jenes Ziel zu erreichen ist. Hätte man nun nicht in den Vordergrund stellen sollen, was eint, und nicht das, was scheidet?

Gegen die Getränkesteuer.

Protestentschließung der deutschen Kaffeehausbesitzer. Die 22. Hauptversammlung des Reichverbandes der Kaffeehausbesitzer und verwandter Betriebe in Hamburg protestierte gegen die Gemeindegetränksteuer in einer Entschlüsselung. Der Reichverband ermahnt seine Mitglieder, die Steuer dem Gast gesondert in Rechnung zu stellen.

Pensionsvorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen

Kleine Vorlagen im Reichsparlament

Krach im Balltohaus.

Berlin, 10. Dezember.

Unmöglich, den heutigen Parlamentsverhandlungen Stimmung abzugewinnen für die lyrischen Klänge des Dichters noch die ernsteren Gedankengänge des Geschichtsschreibers, selbst wenn sich der berufsmäßige Zeitungsschreiber dazu berufen fühlte. Schon im Anfang geräuschvolles Aufeinanderprallen, als der Nationalsozialist Dr. Frid die sofortige Freilassung des bei den Berliner Unruhen um den Remarque-Film verhafteten Reichstagsabgeordneten Dr. Fabricius verlangte. Ein Teil des Hauses ist nicht einverstanden, es muß erst eine Auszählung stattfinden, ehe Dr. Frid seinen Wunsch erfüllt sieht. Dann begründet der ehrwürdige Dr. Kahl seine Forderung, die Strafrechtsreform alsbald fortzusetzen. Er findet Zustimmung und auch Widerspruch, und man ergreift bei Nationalsozialisten und Kommunisten die Gelegenheit, sich wieder in die Haare zu fahren.

Besonders antikemistische Anwürfe, aber auch die Geräusch-erregung, mit der seinerzeit die „Reininger“ Volksgemurmel verursachten, spielen dabei eine große Rolle. Trotz Ordnungsrufen und Wortentziehungen kann der Präsident kaum Ruhe bringen, aber schließlich, wenn auch die Reizung zur Lebhaftigkeit anhält, wird die Strafrechtsreform den Ausschüssen überwiesen.

Sitzungsbericht.

OB. Berlin, 10. Dezember.

(12. Sitzung.) OB. Berlin, 10. Dezember. Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.) erhebt Einspruch dagegen, daß in Berlin die Polizei zugunsten eines Films, der Beschimpfungen der deutschen Armee enthält, sich mit Gummiknütteln gegen die Bevölkerung wendet. Dabei sei auch der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fabricius verhaftet worden, der sich seit gestern in Polizeihast befindet. (Wutrufe rechts.) Sein Vergehen besteht nur darin, daß er, als während der Demonstrationen laute Anrufe hörbar wurden, sich an den Polizeikommandeur um Ausschluß gewandt habe. (Erneute stürmische Wutrufe rechts, Pravorufe bei den Sozialdemokraten.) Fabricius sei bis zur Stunde nicht entlassen worden. Er beantragt einen Beschluß des Reichstages über sofortige Haftentlassung. Gegen den Antrag wird Widerspruch erhoben, worauf von rechts wieder laute Wutrufe ertönen. Abg. Dr. Frid beantragt, die Sitzung zu unterbrechen und sofortige Vertagung des Altienstrates. Für diesen Antrag erheben sich Kommunisten, Nationalsozialisten, Deutschnationale und das Landvolk. Das Ergebnis bleibt zweifelhaft, so daß Auszählung erfolgen muß. Beim Sammeln wird die Abstimmung über den Vertagungsantrag mit 214 gegen 187 Stimmen angenommen. Die Wirtschaftspartei beteiligt sich nicht an der Abstimmung. Unter Beifall der Nationalsozialisten unterbricht nunmehr Präsident Löbe die Sitzung und beruft den Altienrat ein.

Nach einiger Zeit eröffnet Präsident Löbe die Sitzung wieder und teilt mit, daß der Altienrat sich dahin geeinigt habe, den Antrag Dr. Frid als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Ohne Widerspruch wird nunmehr der Antrag Frid auf sofortige Haftentlassung des Abgeordneten Dr. Fabricius einstimmig angenommen. Nunmehr steht auf der Tagesordnung die erste Beratung des vom Abgeordneten Dr. Kahl (Dt. Vp.) beantragten Gesetzesentwurfes über

die Strafrechtsreform.

Abg. Dr. Kahl (Dt. Vp.) begründet die Vorlage, deren Zweck sei, die unterbrochene Strafrechtsreform wieder in Gang und in absehbarer Zeit zum Abschluß zu bringen. Der Gang der Ereignisse im alten Reichstag habe ein Überleitungs-gesetz unmöglich gemacht. Er bittet die Regierung um Unterstützung. Präsident Löbe unterbricht hierauf den Redner, um bekanntzumachen, daß

Dr. Fabricius bereits aus der Haft entlassen war, als sich der Reichstag mit dieser Frage beschäftigte. Abg. Dr. Kahl fährt nunmehr fort: Die Strafrechtsreform sei in 30 Sitzungen des Strafrechtsausschusses und auf fünf Tagungen der deutsch-österreichischen Strafrechtskonferenz behandelt worden. Die auf diesen Konferenzen gefassten Beschlüsse habe er, der Redner, zur Grundlage seiner Vorlage gemacht. Abg. Dr. Kahl weist darauf hin, daß seine Vorlage für den neuen Strafrechtsausschuß nicht bindend sei. Es bestünde deshalb keinerlei Grund, sich der Fortsetzung der Reform zu widersetzen. Staatssekretär Jost dankt dem Abg. Kahl namens der Reichsregierung für seine Bemühungen um die Wiederaufnahme der Strafrechtsreform.

Abg. Nuntau (Christlichsozial) ist mit dem Vorschlag des Abg. Dr. Kahl einverstanden.

Abg. Dr. Ewert (Komm.): Das Werk des früheren Ausschusses sei eine Arbeit politischer, sozialer und kultureller Reaktion. Der Redner greift die Nationalsozialisten stark an und es kommt

zu Wärmiszenen.

Verschiedene Nationalsozialisten werden, da sie den Redner als „Juden“ beschimpfen, zur Ordnung gerufen.

Abg. Frank II (Nat.-Soz.) wird ebenfalls von lebhafter Unruhe empfangen. Er wirft dem Kommunisten jüdische Unverschämtheit vor und wird zur Ordnung gerufen. Als der Redner den Vorwurf wiederholt, erhält er einen zweiten Ordnungsruf. Die weiteren Ausführungen sind kaum verständlich, da sie von den Kommunisten mit einem dauernden „Habarba“ gemurmelt begleitet werden.

Präsident Löbe ersuchte vergeblich, die dauernde Geräuschzeugung aufzugeben, da er sonst den Reichstag schließen müsse.

Die Nationalsozialisten würden, so betonte der Redner weiter, die Strafrechtsreform nicht fortsetzen. Nach weiteren

Auszählungen, die aber wegen der von den Kommunisten andauernd erzeugten Geräusche kaum zu verstehen sind, erhält der Redner schließlich einen dritten Ordnungsruf, worauf der Präsident ihm zugleich das Wort entzieht.

Abg. Wegmann (Ztr.) begrüßt zugleich auch im Namen der Bayerischen Volkspartei die Möglichkeit, die Strafrechtsreform auch in diesem Reichstag fortzusetzen.

Als Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) die Tribüne betritt, verlassen die Nationalsozialisten geschlossen den Saal. Abg. Dr. Gäßler ruft im Fortgehen: „Was hat denn dieser Jude im Deutschen Reichstag zu suchen?“ Er wird dafür zur Ordnung gerufen.

Abg. Rosenfeld (Soz.) stimmt der Ausschuhüberweisung der Vorlage zu, verlangt aber, daß die Todes- und Zuchthausstrafen verschwinden.

Die Nationalsozialisten, die inzwischen wieder im Plenarsaal erschienen waren, geben ihrem Unmut wieder lebhaften Ausdruck

und rufen „Judenjunge“ usw. zum Redner hinauf. Zwischen dem nationalsozialistischen Abg. Vetter und einigen Sozialdemokraten entwickelt sich eine Auseinandersetzung über die Kriegsbeteiligung. Die Sozialdemokraten rufen:

Ihr habt ja nur getroffen!

Abg. Vetter zeigt darauf sein verletztes Bein und ruft: Wenn ihr so etwas behauptet, werde ich euch einmal in die Presse schlagen. Gleichzeitig geht der Redner drohend auf die Sozialdemokraten zu.

Präsident Löbe weist den Abg. Vetter aus dem Saal. Nunmehr wird die erste

Beratung des Pensionsförderungs-gesetzes fortgesetzt.

Abg. Reinhold (Staatsvpt.): Auch das Berufsbeamtenamt darf dieser Vorlage zustimmen. In der jetzigen Notzeit sind weitere Schichten des Volkes mit Recht darüber erregt, wenn Pensionsempfänger anderen Arbeitsträgen die Plätze wegnehmen. Die Staatspartei behält sich Verbesserungsanträge vor.

Abg. Lude (Wirtschaftsp.): Die Befreiung von Härten und Ungerechtigkeiten ist notwendig. Das ganze Gesetz ist nur aus der allgemeinen Notlage zu rechtfertigen. Die Wirtschaftspartei steht jeder Beamtenfeindschaft fern. Von den Beamten muß man aber verlangen, daß sie den Kampf gegen den Mittelstand auf dem Wege der Selbstverleugung aufgeben.

Abg. Völter (Soz.) verteidigt das Gesetz und sagt, die Beamenschaft habe schon aus sich heraus den Weg der Selbsthilfe über Konsumgenossenschaften gewählt, und sie tut gut daran.

Der Redner schließt mit den Worten: Es hat noch nie einen Minister in Deutschland gegeben, der so viel Verfassungsbrüche begangen hat wie der Nationalsozialist Dr. Frid in Thüringen.

Bei diesen Worten entfährt

ungeheurer Lärm

bei den Nationalsozialisten. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter will auf einen Sozialdemokraten sitzen und wird nur mit Mühe zurückgehalten. Der selbstverleugende Präsident Stöhr (Nationalsoz.), der augenblicklich amtierte, kann nur mit großer Mühe mit Ordnungsrufen usw. verhindern die Stimmung zu beruhigen. Das gelingt ihm aber erst nach längerer Zeit.

Darauf geht die Debatte weiter.

Abg. Karpfenstein (Nat.-Soz.): Dieser Reichstag ist nicht imstande, ein deutsches Strafrecht zu schaffen. Dafür haben die Parteien kein Verständnis, in denen die Intelligenz, Belesenheit und Gewerkschaftsbeamte sitzen. Man will auch im neuen Strafrecht Ausnahmegerichte schaffen gegen die deutsche Nation und gegen den Idealismus.

Abg. Dr. Kahl (Dt. Vp.) erklärt sich in großer Erregung, er verzichte mit Rücksicht auf den Tiefstand der Aussprache auf sein Schlusswort.

Gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten wird die Strafrechtsreform dem Ausschuh überwiesen.

Die Abend-sitzung des Reichstages.

Abg. Hennes (Christl.-Soz.): Die Mitarbeit der Christlich-Sozialen im Ausschuh steht fest. Manche hohen Pensionen stehen in keinem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit. Es geht nicht an, daß die Doppelverdiener den Erwerblosen die Arbeit wegnehmen.

Abg. Hemeter (Landvolk): Das Gesetz muß so gestaltet werden, daß es der Not des Volkes und der Gerechtigkeit der Beteiligten entspricht. In Anbetracht der allgemeinen Not darf an dem Abbau der Pensionen nicht vorbegegangen werden.

Abg. Groß (Ztr.) richtet heftige Angriffe gegen die Wirtschaftspartei, die ihre Beamtenfeindschaft mit verschiedenen Agitationen beweisen hat. Der Gegenlag zwischen der Agitation gegen die hohen Pensionen und der Haltung zu diesem Gesetz zeige sich auch bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen. (Rufe rechts: Abenauer!)

Ich nehme keinen in Schutz, der von seinem hohen Gehalt nichts opfern will. Ich bedaure, daß die Oberbürgermeister dem Beispiel der hohen Reichsbeamten nicht folgen wollten, sagt Redner.

Abg. Sprenger (Nat.-Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Völter. Die Beamenschaft wende sich vom Marxismus ab. Abg. Sprenger verteidigt weiter die Maßnahmen des Ministers Frid in Thüringen.

Abg. Lude (Wirtschaftsp.): Die gegen meine Partei erhobenen Angriffe sind ungerechtfertigt, und die Wirtschaftspartei hat ihre Beamtenfreundschaft genügend bewiesen. Darauf wird die Vorlage dem Haushaltsausschuß überwiesen. — Präsident Löbe schlägt nunmehr Vertagung vor. Es entwickelt sich eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung.

Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt. Der